

Betriebliche Konflikte in der DDR 1970/71 und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker

Olaf Klenke

„Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“. Die bekannte Frage Erich Mielkes, Minister für Staatssicherheit, an einen seiner leitenden Mitarbeiter drückte eine Menge über die Situation in der DDR im Spätsommer 1989 aus. Sie zeigte zugleich eine Angst der SED, die über Jahrzehnte bis zum Ende der DDR ständig präsent war. Die Angst vor einer Wiederholung des Alptraums vom 17. Juni 1953, der Erhebung der eigenen Arbeiterklasse. Um so auffallender ist, daß abgesehen vom 17. Juni selbst dieser Aspekt der Herrschaft in der gängigen DDR-Forschung allenfalls eine Randrolle spielt: die Ruhe in den Betrieben.

Der Machtwechsel an der obersten Spitze der SED von Walter Ulbricht auf seinen ehemaligen Zögling Erich Honecker im Frühjahr 1971 war eine entscheidende Zäsur in der DDR-Geschichte. Nicht nur, weil der Führungswechsel quasi durch einen parteiinternen Putsch erfolgte. Er deutete auf einen tiefergehenden Streit in der scheinbar homogenen SED-Führung hin. Mit dem Personen- erfolgte ein Politikwechsel. Am Ende der 60er Jahre war die DDR von einer größeren politischen und sozialen Krise geprägt. Diese ist hinreichend dokumentiert, so daß es an dieser Stelle genügt, zwei entscheidende Gründe zu benennen. Der eine war die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage, die das Ende für den Reformversuch des Neuen Ökonomischen Systems bedeutete, der andere die deutliche Verstimmung zwischen Moskau und Berlin, die aus Meinungsverschiedenheiten um die liberalere Westpolitik Ulbrichts resultierte.

Unter den strittigen Punkten innerhalb der SED-Führung befanden sich jedoch ebenfalls unterschiedliche Einschätzungen zur Brisanz der sozialen Lage, die infolge der forcierten industriellen Entwicklung der 60er Jahre entstanden war. Das „soziale Argument“ spielte im Machtkampf der herrschenden Parteibürokratie in der DDR - ebenso wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern - eine wichtige Rolle.³ In

1 Nur eine Handvoll Bücher behandeln diesen zentralen Punkt. Siehe Benno Sarel: Arbeiter gegen den „Kommunismus“. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958), Berlin 1991; Axel Bust-Bartels: Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben, Frankfurt/Main 1980; Klaus Ewers: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR, Bielefeld 1985; Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

2 Siehe dazu Gerhard Naumann/Eckard Trümpler: Von Ulbricht zu Honecker, 1970 - ein Krisenjahr, Berlin 1990; André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1997; Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1997.

3 Siehe Peter Hübner/Jürgen Danyel: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2002, H. 9, S. 804-832; Naumann/Trümpler, Von Ulbricht...

welchem Ausmaß existierten soziale Spannungen und Konflikte und welche Relevanz besaßen diese für den Politikwechsel der SED? Diese zentralen Fragen, die hinsichtlich des Machtwechsels bisher nicht ausreichend beantwortet sind, sollen im folgenden Artikel aufgenommen werden.

Stimmungswandel

Im November 1970 stellte die Führung des FDGB besorgt fest, daß sich innerhalb der letzten Monate die Stimmung in den Betrieben merklich zu verschlechtern begonnen hatte. Im Frühjahr 1971 mußte sie diese Einschätzung erneut bekräftigen. Der FDGB-Bundesvorstand berief sich dabei auf Analysen über „Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse“. Diese beruhten auf Berichten der FDGB-Bezirksvorstände und wurden von der Abteilung Organisation des Bundesvorstandes angefertigt.

Die Analysen standen nicht für sich allein.⁴ Seit Beginn des Jahres 1970 war eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage unübersehbar.⁵ Aus den Betrieben häuften sich die Krisenmeldungen über Probleme bei der Planerfüllung. Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED, erhielt Briefe von den Bezirksleitungen der Partei. Neben den Planproblemen wurde dort von einer verschlechterten Versorgungssituation und auftretendem Unmut unter der Bevölkerung berichtet. Bei Kommunalwahlen im März war es zu einer ungewöhnlich großen Anzahl von Nichtwählern und Neinstimmen gekommen, insbesondere in Arbeiterwohngebieten.⁶ Im April hatte sich das Sekretariat des ZK der SED mit zwei Arbeitsniederlegungen im Wohnungsbaukombinat (WBK) Cottbus beschäftigen müssen.⁷

Den Hintergrund dieser Entwicklung bildete der einseitige Aufbau der Schwerindustrie und das Festhalten an ehrgeizigen Wachstumszielen. Dem standen eine anhaltende Wohnungsnot sowie eine unzureichende Versorgung mit Konsumgütern gegenüber. Und während für einzelne Waren erhebliche Preisanhebungen

4 Die Dokumente bilden das wichtigste Quellenmaterial für diesen Artikel. Erstmals benannt wurden sie in Wolfgang Eckelmann u.a: FDGB-Intern, Berlin 1990, S.88-90. Aber bisher gab es keine detaillierte Auswertung. Andere Anhaltspunkte wurden aus zugänglicher Literatur zusammengetragen. Die Analysen des FDGB-Bundesvorstandes über besondere Vorkommnisse aus dem Zeitraum 1970-1972 befinden sich in den Beständen der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, DY 34/25414). Siehe Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 2.11.70/S.604/70, Analyse über Ursachen von Gegenstimmen bzw. Nichtwahl von BGL- und AGL-Vorsitzenden in einigen Betriebsgewerkschaftsorganisationen während der Gewerkschaftswahlen 1969/70, S.3 und Anlage, zitiert als: BV FDGB, Wahlanalyse 1970; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 2.11.70/S.603/70, Analyse über Arbeitskonflikte und die besonderen Vorkommnisse, die in den Monaten Januar bis September 1970 stattfanden, zitiert als: BV FDGB, Analyse 1970; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 24.5.71/S.284 a/71, Analyse über Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse in der Zeit von Oktober 1970 bis April 1971, zitiert als: BV FDGB, Analyse 1971; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 13.3.73/S 139/73, Analyse über die besonderen Vorkommnisse im Jahre 1972; zitiert als: BV FDGB, Analyse 1973.

5 Siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.503-520; Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.16-34.

6 Siehe Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.21, 61f.

7 Siehe ebenda, S.21f.

verfügt wurden,⁸ erhöhte die SED gleichzeitig den Arbeitsdruck. Für die Aufarbeitung der Planrückstände mußten die Beschäftigten zunehmend zu Wochenendschichten antreten. Von 1969 zu 1970 hatten die Überstunden um fast 2/3 zugenommen.⁹ Bereits die Gewerkschaftswahlen 1969/70, bei denen es zu einer ungewöhnlich hohen Anzahl von Gegenstimmen oder Enthaltungen gekommen war, hatten einen Stimmungswandel in den Betrieben angedeutet. In diesem Gesamtkontext verfaßte der FDGB-Bundesvorstand seine Analysen.¹⁰

Nichts Neues im Betrieb? Ausmaß und Charakter der Konflikte

In der Analyse vom November 1970 wurde festgestellt, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1970 aus den Betrieben „fast ebenso viele Vorkommnisse gemeldet [wurden] wie im ganzen Jahr 1969“¹¹. In den folgenden Monaten nahm die Unruhe in den Betrieben weiter zu. Zwischen Oktober 1970 und April 1971 stieg die Zahl der gemeldeten Vorkommnisse gegenüber dem vorhergehenden und zwei Monate längeren Zeitraum deutlich, die der gemeldeten Arbeitskonflikte, die auch Arbeitsniederlegungen enthielt, um fast das Dreifache.

8 Von den Versorgungsengpässen betroffen waren solche Waren wie: warme Unter-, Kinder- und Trainingsbekleidung, Winterschuhe, Batterien, Bügeleisen oder Zahnbürsten. Die Preiserhöhungen betragen oftmals mehr als 100 Prozent (Siehe Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.109f.). 47 Prozent der Erhöhung des Einzelhandelumsatzes 1970 ergaben sich aus Preiserhöhungen (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.515).

9 Die jährlich je Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten Industrie geleisteten Überstunden betragen 1965 37, 1969 55, 1970 82 und 1971 73 Stunden (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.337).

10 Es ist also äußerst unwahrscheinlich, daß die darin überlieferten Berichte und Statistiken gefälscht wurden, um den immer mehr in Kritik kommenden Ulbricht abzulösen. Die überlieferten Dokumente vermitteln vielmehr wichtige Anhaltspunkte über die Stimmungslage und das soziale Konfliktpotential. Auch wenn sich die Dynamik von Stimmungsumschwüngen nicht ausschließlich durch Zahlen erfassen läßt, so vermitteln die aufgeführten Statistiken tendenzielle Entwicklungen und gestatten die Berichte mit vereinzelt Kurzschilderungen von Konfliktfällen einen Einblick in Konfliktverlauf und -ausmaß.

Natürlich erfordern die Interpretation und historische Einordnung solcher Materialien auch eine Berücksichtigung der Stellung und Motive der Berichterstatter. In einigen Fällen wird den Berichten des MfS zugeschrieben, „Vorkommnisse“ tendenziell eher hochzuspielen, um die Existenz des eigenen Apparats zu rechtfertigen (siehe Stefan Woll: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5/91, 25. Januar 1991). Die hier behandelten Berichte des FDGB tendierten zu einer geschönten Darstellung, manche Bezirks- und Kreisvorstände kamen einer 1969 neuverfügbaren strikteren Berichtspflicht anfangs gar nicht nach. Der FDGB-Bundesvorstand bemängelte deshalb immer wieder „Tendenzen der Verschleierung von besonderen Vorkommnissen“ (BV FDGB, Analyse 1973). Noch ein Jahr nach dem Beschluß zur strikteren Erfassung betrieblicher Konflikte mußte die FDGB-Führung feststellen, daß ihrer Verfügung nur unzureichend nachgekommen wurde. Das betraf Meldungen von Vorkommnissen wie Bränden, Havarien und sonstigen Produktionsausfällen, aber auch von Arbeitskonflikten. Zum Bezirk Cottbus, wo es im WBK im März 1970 zu zwei Streiks gekommen war, hieß es: „Obwohl das Sekretariat des Bezirksvorstandes des FDGB Cottbus und der Bezirksvorstand der IG Bau/Holz unter Einbeziehung der Kreisvorstände eine sofortige Auswertung vornahm und entsprechende Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Leitungstätigkeit und politisch-ideologischen Arbeit zogen, versäumte es der Bezirksvorstand des FDGB Cottbus, sofort den Bundesvorstand des FDGB auf dem vorgeschriebenen Weg zu informieren.“ (BV FDGB, Analyse 1970, S.7).

11 BV FDGB, Analyse 1970, S.1.

Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse 1968-1972¹²

	1968	1969	Jan.-Sept 70	Okt. 70 – April 71	1971	1972
Arbeitsniederlegungen und -konflikte	15	28	23	63	75	63
davon Arbeitsniederlegungen	k.A.	k.A.	19	47	48	39
Unterschriften	-	5	3	-	-	-
Provokationen und Sabotageakte	30	30	33	71	50	51
davon Sabotageakte	11	3	7	k.A.	1	14
Produktionsausfall (Brände/Havarien)	12	57	62	93	170	239
davon Brände	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	91	152
Vorkommnisse insgesamt	57	121	117	227	306	353

k.A. – keine Angabe

Die Zahl der Teilnehmer an den jeweiligen Arbeitsniederlegungen war höchst unterschiedlich. Sie reichte von einer Handvoll Kollegen bis zu 100 Beschäftigten. Die vorliegenden Berichte und Listen¹³ lassen grob zwei größere Gruppen erkennen: Die Teilnehmerzahl lag bei etwa einem Dutzend und weniger, in vielen anderen Fällen betrug sie um die 30 Beteiligten und mehr, reichte aber selten an 100 Teilnehmer heran. Meist schienen also ein Arbeitskollektiv allein oder mehrere Schichtkollektive zusammen die Arbeit niederzulegen.

Es kam auch zu mehreren Streiks innerhalb eines Betriebes oder Kombinates, so beim Wohnungsbaukombinat Cottbus, wegen Nichtzahlung der Jahresendprämie auf der „Baustelle Bildungszentrum“ am 18. März zum Streik von 43 Kollegen von drei Schichten. Nur zwei Tage später nahm eine Brigade von 23 Kollegen des

12 Zusammenstellung der Tabelle nach den verschiedenen FDGB-Berichten. Die steigende Anzahl von Bränden und Havarien drückte vor allem den schlechten Zustand der Ausrüstungen, Maschinen und des unzureichenden Arbeitsschutzes aus, manchmal aber auch eine „mangelhafte Arbeitsdisziplin“. In den FDGB-Jahresübersichten wurden erst ab 1971 Arbeitsniederlegungen und -konflikte wie z.B. Streikdrohungen gesondert aufgeführt. In ihrem insgesamt sonst sehr wertvollen Beitrag zur Entwicklung betrieblicher Konflikte in der DDR hat Renate Hürtgen diesen Punkt übersehen und die bis dahin aufgeführte Zahl der Arbeitskonflikte als Arbeitsniederlegungen aufgeführt (dies., „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen“, in: dies./Bernd Gehrke (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989, Berlin 2001, S.187). So erfasst die für Oktober 1970 bis April 1971 aufgeführte Zahl von 63 nicht ausschließlich Arbeitsniederlegungen (wie Hürtgen schreibt), sondern auch andere Formen von Arbeitskonflikten. Allerdings nennen Berichte an einzelnen Stellen genauere Angaben oder geben Anhaltspunkt für die Anzahl der Arbeitsniederlegungen unter den Arbeitskonflikten. In der Übersicht für die Jahre 1962-69 sind Arbeitsniederlegungen aufgeführt, während in den Berichten von Arbeitskonflikten die Rede ist. Vermutlich wurde beides vermischt, so daß für diese Zeit keine gesonderten Zahlen vorliegen.

13 Siehe die Berichte FDGB sowie Hürtgen/Gehrke, Betrieblicher Aufbruch, Dokument 3, S.325f.

Betonwerkes im Betriebsteil Elsterwerda des WBK die Arbeit für drei Stunden nicht auf.¹⁴ Zwei weitere Fälle wurden registriert:

„So wurden z.B. in der Kupfer- und Silberhütte des Mansfeld-Kombinates „Wilhelm Pieck“ Eisleben feindliche Hetzschriften verteilt. Zur gleichen Zeit kam es an der automatischen Steuerungsanlage zu einer ernsthaften Störung. Gleichzeitig wurde der Produktionsablauf in der Konverterhalle, die Schwarzkupfer produziert, gestört.“¹⁵

„Im VEB Baukombinat Dresden drohten 500 Werk tätige mit einer Arbeitsniederlegung, weil die Lohnzahlung willkürlich verschoben wurde.“¹⁶

Insgesamt war dies jedoch die Ausnahme. In der Regel verblieben die Konflikte auf der Ebene der Abteilung und erfaßten kaum größere Teile des gesamten Werkes.

Auffallend stark beteiligten sich ausländische „Vertragsarbeiter“, die „Gastarbeiter der DDR“, an den Arbeitsniederlegungen. Zwischen Dezember 1970 und März 1971 kam es im Raum Cottbus zu drei Arbeitsniederlegungen, an denen ca. 200 polnische und ungarische Werk tätige beteiligt waren.¹⁷ Auch deshalb standen die „ausländischen Kollegen“ stärker unter Beobachtung der Gewerkschaft. 1972 waren an 16 von 39 registrierten Streiks polnische und ungarische Werk tätige beteiligt.¹⁸ Hinsichtlich ihrer Rechte, Entlohnung und Arbeitsbedingungen waren die ausländischen „Vertragsarbeiter“ in der Regel weit schlechter gestellt als ihre Kollegen.

Die Arbeitsniederlegungen waren in der Regel kurz. Sie dauerten meist 1-3 Stunden, manchmal eine Schicht. Sie entzündeten sich an Fragen wie Normenerhöhungen, Nichtzahlung der Jahresendprämie oder Arbeitsbedingungen. „So nahmen zum Beispiel am 30.9.1970 in der Schuhfabrik Heidenau 33 Kollegen die Arbeit nicht wieder auf. Der Grund war mangelhaftes Mittagessen. Längere Diskussionen waren erforderlich, um die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überzeugen“.¹⁹ Oder: „Im VEB Getriebewerk Gotha gab es infolge ernsthafter Versäumnisse in der Normarbeit eine Arbeitsniederlegung von 40 Werk tätigen. Der Grund für die Arbeitsniederlegung bestand darin, daß die Kollegen erst über ihren Lohnschein über die Normenveränderungen erfuhren.“²⁰

Nicht selten ging dem Streik dabei ein längeres und erfolgloses Bemühen voraus, Mißstände zu ändern. Die Arbeiter bedienten sich dabei ganz bewußt dieses Druckpotentials. Eine FDGB-Analyse berichtete über die Haltung der Streikenden des Wohnungsbaukombinates Cottbus: „Wir handelten so, weil die uns zugesprochene Jahresendprämie nicht zur Auszahlung kam und wir somit betrogen wurden. Wir wollten außerdem erreichen, daß kompetente Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre uns Rede und Antwort stehen.“²¹

14 Siehe BV FDGB, Analyse 1970, S.3.

15 BV FDGB, Analyse 1971, S.4.

16 Ebenda, S.3.

17 Siehe ebenda, S.5.

18 Siehe BV FDGB, Analyse 1973, S.13f.

19 BV FDGB, Analyse 1971, S.3a.

20 Ebenda, S.3.

21 BV FDGB, Analyse 1970, S.3 und BV FDGB, Analyse 1973, S.6.

An ökonomischen Fragen entzündet, blieben die Konflikte keineswegs darauf begrenzt, sondern drückten eine viel weitergehende und grundlegendere Kritik aus. Der FDGB-Bundesvorstand betonte im Mai 1971 in bezug auf „ernsthafte Konfliktsituationen“, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen „bis zur politischen Diskreditierung der Politik von Partei und Regierung“²² reiche.

Neben den Streiks äußerte sich die Unzufriedenheit in verschiedenen anderen Formen. An vielen Arbeitsplätzen kam es zu hitzigen Diskussionen, die teilweise im „provokatorischen Auftreten gegen die Politik der Partei, Regierung und Gewerkschaft“²³ endeten. Betriebliche Wandzeitungen und Losungen wurden ebenso beschädigt wie „Bilder führender Parteifunktionäre“.²⁴ In einigen Werken sammelten die Beschäftigten zur Bekräftigung ihrer Forderungen Unterschriften. Daneben gab es verdeckte Formen des Protestes. Im VEB Erste Maschinenfabrik Karl-Marx-Stadt „wurden Betriebsfunkdurchsagen durch Wählen der Tele-Nummer gestört“ und „Anrufe bei der Parteileitung und anderen Betriebsteilen“ getätigt, „ohne daß sich die Gesprächspartner meldeten.“ In einigen Betrieben registrierte man auch „Sabotageakte“ wie das Abschalten der Energiezufuhr oder anderweitige Störungen des Produktionsablaufes.²⁵

Die meisten Konflikte wurden schnell auf betrieblicher Ebene gelöst, indem die Betriebsleiter beispielsweise umstrittene Lohn- oder Normentscheidungen rückgängig machten. Der Streik bzw. die Streikdrohung taten also ihre Wirkung. In anderen Fällen, in denen der Betriebsleiter sich zu konsequent an die Anordnungen hielt, gab es zur Konfliktschärfung auch Bauernopfer, indem verantwortliche Leiter diszipliniert wurden.²⁶

Nach dem deutlichen Anstieg der Arbeitskonflikte zwischen dem Sommer 1970 und Frühjahr 1971 stieg in den darauffolgenden Jahren die Anzahl der gemeldeten Vorkommnisse weiter. Dieser Trend beruhte jedoch ausschließlich auf der genaueren Erfassung von Bränden und Havarien. Die Zahl der Arbeitskonflikte ging zurück: auf 39 registrierte Arbeitsniederlegungen 1972 und ca. 25 zur Mitte der 70er Jahre.²⁷ Die gemeldeten Arbeitskonflikte lagen dennoch über dem Niveau der späten 60er Jahre.²⁸ Erst am Ende des Jahrzehnts setzte wieder ein Gegentrend ein. Dem IG-

22 BV FDGB, Analyse 1971, S.3.

23 BV FDGB, Analyse 1970, S.7.

24 BV FDGB, Analyse 1973, S.11 und Analyse 1970, S.5.

25 Siehe BV FDGB, Analyse 1971, S.4-8.

26 „Teilweise mußten ernsthafte Auseinandersetzungen mit staatlichen Leitern geführt werden, weil sie sorglos mit den Kritiken und Vorschlägen der Werktätigen umgingen. Einige Leiter wurden veranlaßt, administrative Lohnentscheidungen zurückzunehmen bzw. zur Verantwortung gezogen.“ (BV FDGB Analyse 1973, S.5).

27 Knapp die Hälfte der für bis September 1970 gemeldeten Streiks lag in den letzten drei Monaten. Zwischen Oktober 1970 und April 1971 wurden im Schnitt fast sieben Arbeitsniederlegungen pro Monat gezählt, 1972 nur noch gut drei, für die Jahre danach etwa zwei. Dazu kommt, daß einige FDGB-Bezirksvorstände erstmals 1972 begannen, Analysen nach den Vorgaben des Bundesvorstandes anzufertigen.

28 Die Zahlen lauteten 1964: 57, 1965: 25, 1966: 41, 1967: 18, 1968: 15. Siehe Hürtgen, Keiner hatte Ahnung, S.186-188.

Metall-Vorsitzenden Sommer zufolge, erreichten die Arbeitsniederlegungen 1978 das höchste Niveau seit 1972.²⁹

Insgesamt wird die Zahl der Streikteilnehmer vom Sommer 1970 bis zum Frühjahr 1971 bei etwa 1000 Beschäftigten gelegen haben³⁰, wobei noch weit mehr Beschäftigte an anderen Formen betrieblicher Konflikte beteiligt gewesen sein dürften. Allein in einzelnen Werken soll es Streikdrohungen von mehreren hundert Arbeitern gegeben haben, wie das obige Beispiel des VEB Baukombinat Dresden zeigt. Von der Größe her war die registrierte kleine Streikwelle natürlich nicht mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953 zu messen. Die Anzahl der Streikenden erreichte auch nicht das Niveau der letzten größeren Aktionen von 1961/62.³¹ Aber die Ereignisse des Jahres 1970/71 zeigten einen eindeutigen Bruch mit dem Trend des Abflauens industrieller Konflikte und dem Eintreten relativer betrieblicher Ruhe in den 60er Jahren.

Das soziale Argument in der kleinen Palastrevolution

Im Mittelpunkt der Diskussion beim Politik- und Führungswechsel stand die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und das Festhalten Ulbrichts an Grundsätzen der bisherigen Wirtschaftspolitik. Das „soziale Argument“ schloß sich direkt an diesen Problemkomplex an. Über den Sommer und Herbst 1970 hinweg hatten sich die wirtschaftlichen Probleme weiter aufgestaut. Der Ulbrichtkurs geriet ins Wanken.

Auf der richtungsweisenden 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1970 plädierte Ulbricht für eine Beibehaltung des bisherigen Kurses. Es sei notwendig, „gegen den Konsumentenstandpunkt Stellung“ zu beziehen, „auch Opfer [müßten] gebracht werden“.³² Ministerpräsident Willy Stoph hatte dagegen bereits im September angedeutet, daß beim nächsten Volkswirtschaftsplan die Interessen der Arbeiter stärker berücksichtigt werden sollen. Die Direktorin der Parteihochschule, Hanna Wolf, machte in ihrem Redebeitrag die von Ulbricht betriebene Strukturpolitik für die Versorgungsengpässe verantwortlich, während der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Werner Krolikowski, die notwendige Zielstellung der zukünftigen Politik benannte: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiter-

29 Siehe Protokoll der 8.Tagung des Zentralvorstandes der IG Metall Juni 1979, Referat Sommer, SAPMO-BArch DY 46/5703, Bl.37.

30 Das ergibt zumindest ein grober Überschlag aus den vorliegenden Zahlen. Von Januar bis September 1970 (neun Monate) registrierte man etwa 20 betriebliche Konflikte mit ca. 300 beteiligten Arbeitern. Da es allein in den darauffolgenden sieben Monaten zu mehr als doppelt so vielen Arbeitsniederlegungen kam, ist die Zahl von 1.000 Beteiligten keinesfalls zu hoch gegriffen.

31 1961 registrierte der FDGB 135 Arbeitsniederlegungen mit 1.400 Teilnehmern. 1962 soll die Zahl gewachsen sein (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.279-281). Spätere FDGB-Zahlen nennen für 1962: 117, 1963: 138 (siehe Hürtgen, Keiner hatte Ahnung, S.186f.) - allerdings, wie erwähnt, ohne klar zwischen Arbeitskonflikt und -niederlegung zu unterscheiden (siehe Anm. 12).

32 Zitiert nach: Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. 2. durchges. Aufl., Bonn 1999, S.37.

klasse“.³³ Die gefaßten Beschlüsse der 14. Tagung standen schließlich mit ihrer sozialpolitischen Ausrichtung der Ulbrichtschen Wirtschaftspolitik direkt entgegen. Die Berichte zu den besonderen Vorkommnissen wurden wahrscheinlich an verschiedene Abteilungen des ZK der SED übermittelt.³⁴ Das Politbüromitglied Herbert Warnke war als FDGB-Vorsitzender über die Begebenheiten vollständig informiert. Vermutlich wurden jedoch die Berichte nicht im engeren Führungskreis der SED diskutiert.³⁵ Der zweite Bericht stammte vom Mai 1971. Er entstand zu einem Zeitpunkt, als die wichtigen Entscheidungen bereits getroffen waren.³⁶ Darüber hinaus waren die Konflikte, trotz des deutlichen Anstiegs zu den Jahren zuvor, viel zu bescheiden und wurden auf betrieblicher Ebene zu schnell gelöst, als daß sie unmittelbar selbst einen gewichtigen Ausschlag für die getroffenen Entscheidungen hätten geben können.

Die Relevanz der betrieblichen Konflikte bezüglich des sozialpolitischen Kurschwenks lag auf einer anderen Ebene. Die Berichte zeigten, daß hinter dem Streik im WBK Cottbus, mit dem sich die SED-Führung im März 1970 befassen mußte, ein erhebliches Konfliktpotential in den Betrieben stand und dieses über die letzten Monate merklich zunahm. Die bisherige Wirtschaftspolitik hatte einen bestimmten sozialen Brennstoff geschaffen, und es war keineswegs ausgeschlossen, daß er sich ausbreiten würde, wenn der bisherige Kurs beibehalten oder gar verschärft werden würde. Die Dezemberereignisse in Polen hatten diesen Eindruck ohne Frage bestärkt. Wenige Tage nach der 14. Tagung brachen in der polnischen Küstenregion Arbeiterunruhen und Streiks gegen angekündigte Preiserhöhungen aus.³⁷

In den Erinnerungen ehemaliger SED-Funktionäre an den Machtwechsel ist dieser Zusammenhang von industrieller Akkumulation und Krise in Erinnerung geblieben. Über seinen Meinungswechsel als ursprünglicher Anhänger Ulbrichts und dessen Modernisierungskurses schrieb Günter Mittag: Ich spürte „die zunehmenden Sorgen, den Alltagsbetrieb aufrechtzuerhalten, spürte die beginnende Entfremdung breiter Kreise der werktätigen Bevölkerung von der Politik der Partei. Das ließ mich zu dem Entschluß kommen, Erich Honecker darin zu unterstützen, Walter Ulbricht zum Rücktritt zu bewegen.“³⁸ Der ehemalige Direktor des Zentralinstituts für

33 Zitiert nach: Hübner/Danyel, *Argumente*, S.825. Zu Stoph am 8.9.1970 siehe Wolle, *Heile Welt*, S.35.

34 Auf jeden Fall traf das auf die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED sowie die Abteilung Parteiorgane zu (siehe Eckelmann u.a., *FDGB-Intern*, S.8).

35 Zumindest wird das nicht in den bisherigen Veröffentlichungen von Steiner, Naumann/Trümpler sowie Kaiser erwähnt.

36 Nach der 14. Tagung im Dezember festigte Honecker in den kommenden Monaten seine Position im Politbüro. Die formelle Entmachtung Ulbrichts erfolgte schließlich auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971 mit seinem erzwungenen Rücktritt. Siehe dazu Naumann/Trümpler, *Von Ulbricht*, S.35-55.

37 Mit der Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften begann sich der Protest schnell zu politisieren. Trotz blutiger Niederschlagungen bekam das polnische Regime die Lage erst Wochen später unter Kontrolle. Siehe Csaba János Kenéz: *Oppositionsbewegungen in Polen 1956-1976*, in Peter Gosztony (Hrsg.): *Aufstände unter dem roten Stern*, Bonn 1979.

38 Günter Mittag: *Um jeden Preis*. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin-Weimar 1991, S.192.

sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED, Helmut Koziolk, erinnerte sich ähnlich: „Das wirtschaftliche Drama fing natürlich auf dem 14. Plenum des ZK der SED 1970 und mit dem Sturz Ulbrichts 1971 an. Ulbricht wollte bestimmte Preise erhöhen, und das war der äußere Anlaß dafür, daß man ihm auf dem 14. Plenum das Vertrauen entzog und später stürzte.“³⁹ Und Claus Krömke, persönlicher Referent von Günter Mittag, wies auf die drohenden Folgen radikaler Einschnitte hin: „Eine Entscheidung zu treffen und das war doch ein Problem, zu sagen, so geht es nicht mehr weiter, wir müssen bestimmte Abstriche machen – der 17. Juni 1953 saß allen immer noch im Nacken, allen! Es war die Furcht, daß hier riesige Unruhe ausbrechen, und es wäre zweifellos dazu gekommen [...]. Das hatten wir immer im Hinterkopf, ohne daß jemand ein Wort dazu gesagt hat.“⁴⁰

Die unter Honeckers Führung organisierte Ablösung Ulbrichts, die schließlich die Unterstützung der sowjetischen Führung bekam, bediente sich dieser Befürchtungen. Die Honecker-Fraktion sah durchaus die Gefahrenlage, mit der sie zum Teil selbst konfrontiert war. Gegenüber dem polnischen Parteiführer Gierek räumte der sowjetische Parteichef Breschnew im Januar 1971 ein: „Wir haben auch schwierige Probleme“, und lobte die vorgesehene größere Berücksichtigung sozialer Aspekte nach dem Dezemberaufstand: „Unser Fehler war das Streben danach, den anderen zu übertreffen und nicht mit den eigenen Möglichkeiten zu rechnen.“⁴¹

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, in welchem Maße eine soziale Polarisierung stattgefunden hätte, wenn sich statt der Honeckerschen sozialpolitischen Wende der Ulbrichtsche Rationalisierungskurs durchgesetzt hätte. Tatsache ist, daß die getroffenen sozialpolitischen Maßnahmen beträchtlich waren und einem sozialen Unruhepotential den Nährboden entzogen. Bereits im Spätsommer 1970 hatte es grünes Licht für einen weicheren Kurs gegeben, als ein Ministerratsbeschuß vom 28. September den Plan 1970 in eine Richtung „korrigierte“, die es Betrieben gestattete, unverschuldete Mehrkosten aus dem Nettogewinn auszugliedern und damit die Prämienzahlungen an die Beschäftigten zu sichern.⁴² Die geänderten Planzahlen sahen schließlich eine Verschiebung der Investitionen hin zur Konsumtion vor: Erhöhung von Löhnen und Renten, Ankündigung eines Wohnungsbauprogramms.⁴³

Fazit

Anfang der 70er Jahre sah die DDR einen merklichen Anstieg der sozialen

39 Interviews in: Theo Pirker u.a. (Hrsg.): *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR*, Opladen 1995, S.269.

40 Zitiert nach Pirker u.a., *Plan*, S.50.

41 Zitiert nach Hübner/Danyel, *Argumente*, S.421. Zu einer ähnlichen Konstellation in der Tschechoslowakei, siehe ebenda, S.809-817.

42 Siehe Steiner, *Wirtschaftsreform*, S.518.

43 Im neuen Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1971 spielte die Versorgungsproblematik eine zentrale Rolle. Bereits vor der 14. Tagung war die Zuwachsrate der industriellen Warenproduktion von 8,2 Prozent auf 5,8 Prozent reduziert worden. Noch im Dezember beschloß der Ministerrat eine Anhebung der Mindestlöhne sowie Erhöhungen der Löhne in bisher stark vernachlässigten Wirtschaftsbereichen, die etwa 1,7 Millionen Beschäftigte betraf. Auch die Mindestrenten wurden angehoben. Siehe Steiner, *Wirtschaftsreform*, S.540 und Naumann/Trümpler, *Von Ulbricht*, S.49.

Unzufriedenheit bis hin zu Streiks. Es fand kein neuer 17. Juni statt. Aber es war das erste Mal, daß der Trend des Abflauens sozialer Auseinandersetzungen der späten 50er und der 60er Jahre durchbrochen wurde. Mit den Streiks und anderen Formen betrieblicher Konflikte der Jahre 1970-72 begann der kollektive Protest zu wachsen, den die SED so fürchtete und unter den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen als obsolet erklärte. Diese Ereignisse wie auch spätere Unmutsäußerungen in den Betrieben der DDR standen in keinem Vergleich zu den polnischen Unruhen. Aber eine Untersuchung der DDR-Geschichte, die nach dem sozialen Kräfteverhältnis zwischen SED-Regime und Arbeiterklasse fragt und die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche verstehen will, die zum Revolutionsjahr 1989 führten, kann über solche Entwicklungen nicht hinweggehen.

Die Frage nach der tatsächlichen Bedrohung der SED durch Streikaktivitäten 1970-72 kann in zweifacher Hinsicht beantwortet werden. Die Gefahr eines neuen 17. Juni war nicht gegeben. Dazu hatte die gesellschaftliche Krise nicht das gleiche Ausmaß erreicht. Allerdings ist auch schwer abzuschätzen, welchen Verlauf die Ereignisse erhalten hätten, wenn ein rigider Spar- und Rationalisierungskurs verfolgt worden wäre. Aber die angespannte soziale Situation vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1968 in Prag und 1970/71 in Polen reichte, daß die Mehrheit der SED-Führung vor einer härteren sozialen Gangart zurückschreckte. Der Kurswechsel im Politbüro mit dem Sturz Walter Ulbrichts stellte eine kurzfristige Herrschaftssicherung über den konfliktreicheren wirtschaftlichen Modernisierungskurs. So folgte man ganz einem alten Muster herrschender Politik, Reformen zu machen, um Revolutionen zu verhindern. Die zugespitzte Konfliktsituation Anfang der 70er Jahre machte damit zugleich deutlich, daß die Herrschaftsbasis der SED von der Ruhe in den Betrieben abhing. Werner Krolikowski, hatte dies auf der 14. Tagung des ZK im Dezember 1970 mit der bereits zitierten Forderung auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiterklasse“. Ein Vorhaben, das die SED-Führung für ihren Machterhalt permanent umtrieb und an dem sie knapp 20 Jahre später scheiterte.

Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung

bietet BzG-Hefte der Jahre 1979-1987/88 an. Wer seine oder eine öffentliche Bibliothek vervollständigen möchte, wende sich an Peter Mönnikes, Henricusstr. 13, 33104 Paderborn.